

Philipps-Universität - 35032 Marburg

An die Mitglieder der Philipps-Universität

Die Präsidentin

Prof. Dr. Katharina Krause

Zentrale 06421 28-20
Tel.: 06421 28-26000
Fax: 06421 28-28910
E-Mail: praesidentin@uni-marburg.de
Internet: www.uni-marburg.de

Sekr.: Christa Koch/Claudia Weber
Tel.: 06421 28-26002
E-Mail: sekretariat-praesident@
verwaltung.uni-marburg.de

Az.:

Marburg, den 26. 3. 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst hat heute der Öffentlichkeit mitgeteilt, dass das Gesamtvolumen der Zuweisungen an die Hochschulen im Jahr 2011 um ca. 30 Mio. € pro Jahr reduziert wird. Erst wenn das Steueraufkommen des Landes 13 Mrd. € wieder erreiche, könne diese Absenkung schrittweise wieder reduziert werden. Dies wird voraussichtlich frühestens 2013 eintreten. Die Ministerin hat die Hochschulleitungen am 24. März 2010 abends vertraulich über diese Entscheidung vorinformiert. Nachdem zuletzt noch in einer Hochschulleitertagung am 11. März in Aussicht gestellt worden war, dass die Hochschulen im Rahmen eines neuen Hochschulpakts für die Jahre 2011 bis 2015 von nominellen Kürzungen freigestellt werden sollten, ist damit eine Entwicklung eingetreten, die die Handlungsmöglichkeiten der Philipps-Universität gravierend beeinträchtigt. In einer ersten, noch vorläufigen Modellrechnung hat das Ministerium für die Philipps-Universität für 2011 eine Budgetverminderung von ca. 5 Mio. € gegenüber dem Vorjahr errechnet. Eine zusätzliche Finanzbelastung wird sich voraussichtlich aus einer Tarifsteigerung ergeben.

Das Präsidium hat sich gestern mit der dadurch entstandenen Situation befasst. Es sieht die Universität durch die Absichten der Landesregierung in einer sehr kritischen Lage, zumal schon das laufende Budget der Philipps-Universität für 2010 ein Defizit von mehr als 3 Mio. € aufweist. Es hat festgestellt, dass selbst eine sofortige und vollständige Stellen-Wiederbesetzungssperre nicht ausreichen würde, einen Einsparbeitrag in Höhe von 5 Mio. € zu erwirtschaften.

Das Präsidium wird sich deshalb mit Nachdruck und im Verbund mit den anderen hessischen Hochschulen dafür einsetzen, dass diese geplante Finanzkürzung revidiert wird. Angesichts einer steigenden Zahl von Schulabgängern und im Vorfeld einer neuen Runde der Exzellenzinitiative hält das Präsidium die geplante Kürzung für äußerst kurzsichtig. Auch unter Berücksichtigung schwieriger finanzieller Bedingungen des Landes stellt sie eine unerträgliche Zumutung gegenüber allen Mitgliedern der Universität, vor allem aber gegenüber den jetzigen und kommenden Studierenden dar. Die Kürzung beruht offenkundig auf einer gravierenden Fehleinschätzung der Situation und der Spielräume der Hochschulen insgesamt. Vor allem aber findet die von der Philipps-Universität nicht zu verantwortende besondere Belastung, die z. B. durch die hohen Mehrkosten für Energie und besondere Einrichtungen wie den Botanischen Garten fort dauert, bislang keine ausreichende Berücksichtigung.

Das Präsidium setzt alles daran, auch unter den erschwerten Rahmenbedingungen für einen geordneten Lehrbetrieb zu sorgen und die Leistungsfähigkeit in der Forschung hoch zu halten. Das Präsidium bittet alle Mitglieder der Universität, dieses Ziel zu unterstützen und im Rahmen der jeweils eigenen Möglichkeiten einen Beitrag dazu zu leisten.

Als vorläufige Sofortmaßnahme hat das Präsidium die folgenden Maßnahmen beschlossen:

1. Bis auf Weiteres wird eine Besetzungssperre für aus Landesmitteln zu finanzierende Beschäftigungsverhältnisse verhängt. Ausgenommen sind Stellen, für deren Besetzung eine rechtliche Verpflichtung besteht und die für die Durchführung der Lehre im beginnenden Sommersemester unabweisbar nötig sind. Näheres dazu wird in den kommenden Tagen mitgeteilt.
2. Bis auf Weiteres wird eine Haushaltssperre verhängt. Ausgenommen sind Ausgaben, für die eine rechtliche Verpflichtung besteht oder die zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs unerlässlich sind. Auch hierzu wird in den kommenden Tagen näheres mitgeteilt.

Es wird unausweichlich sein, die Mittel aus dem Gesetz für die Qualitätssicherung in der Lehre von nun an zu einem weit überwiegenden Teil als Mittel zur Grundfinanzierung der Lehre einzusetzen. Über die Folgen dieser Maßnahme kann kein Zweifel bestehen: Die begonnenen Maßnahmen für die Verbesserung der Studienbedingungen können nur noch zum Teil weiterverfolgt werden, und die bereits jetzt übermäßige Belastung weiterer Bereiche der Universität wird sich fortsetzen. Das Präsidium geht davon aus, dass durch einen klugen und verantwortungsbewussten Einsatz dieser Mittel und durch Solidarbeiträge von Leistungsträgern aus den von ihnen erwirtschafteten Anteilen am Erfolgsbudget oder am Overhead wesentliche Leistungseinbußen verhindert werden können. Es wird dazu dem Senat und dem Erweiterten Präsidium in der Sitzung am 19. April erste Vorschläge unterbreiten.

Das Präsidium sieht sich in besonderer Verantwortung gegenüber jetzigen und kommenden Studierenden. Es wird sich daher für den Erhalt und den Ausbau der Studienplätze einsetzen. In der Verantwortung sieht sich das Präsidium aber ebenso gegenüber den jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Es wird dem Erhalt der Strukturen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses daher besondere Aufmerksamkeit widmen.

Lassen Sie mich der Hoffnung Ausdruck verleihen, dass Sie das Präsidium der Philipps-Universität bei der Wahrung der universitären Interessen gegenüber der Landesregierung mit Rat und Tat unterstützen werden. Im Vertrauen auf den Gemeinsinn aller Mitglieder der Philipps-Universität verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen
Ihre



Prof. Dr. Katharina Krause